

VERTRAULICH

i.A.22.14.7.3. - CB/SRA

Bern, den 22. Januar 1990

Informations hebdomadaires 04/90

<u>Index</u>	<u>Page</u>
1) Offizieller Besuch von Staatssekretär Klaus Jacobi (JAC) in Dublin, 15./16.1.90	2
2) Relations pays de l'AELE/CE Réunion interne à l'AELE du Groupe de travail sur les questions juridiques et institution- nelles (GT 5 du HLSG), le 16 janvier 1990	6
3) Conférence constitutive de la Banque européenne pour la reconstruction et le développement (BERD), Paris, 15 et 16.1.1990	7

Offizieller Besuch von Staatssekretär Klaus Jacobi in Dublin, 15./16. Januar 1990

Am 15./16. Januar 1990 stattete Staatssekretär Jacobi (JAC) Irland einen offiziellen Besuch ab, der im Rahmen der regelmässigen Konsultationen stand, die jeweils mit dem EG-Präsidialland gepflegt werden. Gesprächspartner waren der irische Staatssekretär im Aussenministerium, Noel Dorr, der Politische Direktor Patrick Murphy sowie der Direktor des Premierministeramts, Padraig O'hUiggin. Gesprächsthemen waren die europäische Integration/EFTA-EG-Fragen, die Ost-West-Beziehungen/Entwicklungen in Osteuropa, die Regionalkonflikte und bilaterale Fragen.

Im Integrationsbereich erläuterte JAC den schweizerischen Standpunkt betr. "decision-making" und die Wichtigkeit, die wir einem formellen Explorationsverfahren bei den EG-Mitgliedländern vor der Aufnahme von Verhandlungen beimessen. Je früher die westeuropäische Integrationsfrage gelöst sei, desto besser könne man auf die Herausforderungen Osteuropas reagieren. Irland bekundet die Absicht, einen Fahrplan vorzulegen, der die Aufnahme von Verhandlungen noch vor der Jahresmitte erlaube. Optimistisch sei vorgesehen: im März Ausarbeitung des Vorschlags der Kommission, im April Verabschiedung des Mandats durch den Ministerrat und im Mai Beginn der Verhandlungen. Allenfalls könnten noch Verzögerungen von bis zu einem Monat erwartet werden. Irland bringt der schweizerischen Haltung und den Satellisierungsängsten Verständnis entgegen, kann sie aber kaum teilen, da sein Interesse auf die Reinheit und Ausgewogenheit der EG-Beschlussfassung gerichtet ist. Ein Eintreten auf den Wunsch nach "decision-making" sei daher praktisch nicht möglich. Irland sieht schwierige Verhandlungen voraus, ist aber mit der Schweiz der Ansicht, dass substantielle und institutionelle Fragen gleichzeitig gelöst werden müssen. JAC macht klar, dass ohne konsistente Mitbestimmung der EFTA-Länder das Schweizer Volk für eine Zustimmung zum EWR-Vertrag nicht zu gewinnen sei. Irland seinerseits betont die Notwendigkeit einer Einigung, ohne welche der Elan verlorenginge und die EG am Schluss als "Festung Europa" dastünde, was Irland unbedingt vermeiden wolle.

Zur Frage der EPZ unterstreicht JAC, dass die Schweiz mit einer informellen Zusammenarbeit (Meinungsaustausch) ohne Beschlüsse keine Schwierigkeiten hätte.

Als Nebenpunkt der Diskussion legt JAC den schweizerischen Wunsch nach einer möglichst raschen Aufnahme der Luftverkehrsverhandlungen zwischen den EFTA-Staaten und der EG auf den Tisch. Die irische Seite ist über die Thematik nicht auf dem laufenden.

Zum Fragenkomplex Osteuropa und Ost-West-Beziehungen legt JAC die Befriedigung der Schweiz über die Entwicklungen in Osteuropa dar und beschreibt die vorgesehenen Hilfsmassnahmen im Umfang von 250 Mio. Franken für reformfreudige Länder. Die Hilfsbemühungen der EG- und speziell der OECD-Staaten sollten auch z.B. Singapur und Südkorea offenstehen, und der Wirtschaftskorb der KSZE sollte in diesem Zusammenhang auch nicht vergessen werden. JAC wendet sich

gegen die Schaffung neuer Institutionen, mit Ausnahme der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE). In bezug auf die Deutsche Frage betont er das legitime Interesse der Deutschen an Selbstbestimmung unter Berücksichtigung der Mitsprache der vier Siegermächte. Ueberstürzung beim "Zusammenwachsen" wäre fehl am Platze, insbesondere aus wirtschaftlichen Gründen. Er verweist dabei auf den Umstand, dass es mit all der massiven Hilfe der USA nach dem Zweiten Weltkrieg zehn Jahre dauerte, bis die BRD marktwirtschaftlich strukturiert und bis die Währung konvertibel war.

Irland sieht in der EG einen Attraktionspunkt für Osteuropa, weshalb sie sich möglichst rasch zu dieser Entwicklung äussern müsse. Ein informelles Aussenministertreffen der EG in Dublin am 20. Januar 1990 wird eine erste Diskussion der Frage bringen, welche Bedeutung die deutsche Wiedervereinigung für die EG als solche habe. Ein Gesprächspartner erwägt sogar für die DDR eine spezielle Mitgliedschaft in der EG. Im übrigen habe der Strassburger Gipfel das Wichtigste bereits gesagt. Irland schätzt sich glücklich, in der Deutschlandfrage keinerlei psychologische Hemmschwellen zu besitzen. Die Aussenministerkonferenz vom 20.1. wird ferner versuchen, Demokratisierungskriterien aufzustellen, die für Hilfeleistungen erfüllt sein müssten. Die Hilfe müsste allerdings bereits in der Phase geleistet werden, wo diese Kriterien erst allmählich Platz greifen, damit sie nicht unterwegs absterben. Genannt werden: Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft, Beachtung der Menschenrechte. Gerade in diesem letzteren Punkt könnte ruhig der Europarat als Wächter der EMRK eine etwas stärkere Rolle spielen.

Beide Seiten sehen übereinstimmend, dass die Aenderungen des Wirtschaftssystems die Länder im Osten in einer ersten Phase wirtschaftlich noch weiter nach unten bringen als sie es jetzt sind, bevor eine Gesundung eintritt. So wird nach dem Jahr der Euphorie und des Aufbruchs 1989 wohl für viele ein Jahr der Enttäuschungen 1990 folgen.

Irland informiert detailliert über die EBWE, wo 34 Länder teilnehmen (12 EG, 10 andere westeuropäische, 7 osteuropäische, 5 andere OECD). Das Kapital beträgt 10 Mia. ECU, davon 3 Mia. einbezahlt, und die Aktienaufteilung 53% EG, 25% andere Europa, 22% Ausser-Europa. Als zweite Hilfsinstitution sehe man innerhalb der EG noch eine Stiftung für Training und Management vor. Einzelheiten seien noch keine bekannt, das Hauptgewicht soll aber auf der Managementausbildung liegen. JAC betont dagegen auch die Notwendigkeit, dass die Berufsausbildung als solche nicht zu kurz komme und unterstreicht mit bezug auf die EBWE, dass alle Geldgeber mitentscheiden und nicht nur die Grossen, eine Haltung, welche Irland durchaus teilt.

Im Bereich der KSZE sind beide Seiten der Meinung, dass die Entwicklung in Osteuropa die Rolle der Konferenz aufgewertet habe und dass die Abhaltung des von Gorbatschow vorgeschlagenen 35er-Gipfels 1990 am besten mit der Unterzeichnung eines Abrüstungsabkommens bei den konventionellen Waffen zusammenfalle. Für den Gipfel selbst sei eine substantielle Agenda aufzustellen. Alle

bis 1992 vorgesehenen Treffen und der Gipfel 1992 müssten abgehalten werden. Die KSZE könnte durchaus als Fernziel diejenige politische Institution bilden, welche die Militärallianzen ablöse. Zur Rolle der N+N betont JAC, dass diese Gruppe ihre Arbeit insofern neu zu definieren habe, als sie nicht mehr primär als Vermittler zwischen den zwei Grossen auftrete, sondern aktiv mit Vorschlägen aufwarten könne, die entweder direkt Ideen von Nicht-N+N-Staaten enthalten oder die selber direkt von Nicht-N+N-Staaten aufgegriffen werden. Irland als neutraler Staat beobachtet die Aktivitäten der N+N-Gruppe schon immer mit grossem Interesse. Einem vermehrten Mitmachen, zu dem JAC einlädt, stellt Irland die Notwendigkeit der vorgängigen Absprache innerhalb der EG entgegen.

Die irische Seite informiert noch kurz über den Besuch des irischen Aussenministers in Washington. Bush habe den Eindruck eines gefassten Staatsmannes gegeben, der in seinen Reaktionen gegenüber Osteuropa nichts überstürzen wolle. Gorbatschow werde in Washington als die Schlüsselfigur der ganzen Entwicklung angesehen, und man wolle alles tun, um sein Weiterwirken zu ermöglichen. Direkt könne dies allerdings nicht getan werden, sondern man versuche hier und dort, Entwicklungen in die falsche Richtung zu verhindern. In bezug auf das Verhältnis EG-USA habe Aussenminister Baker verlauten lassen, Washington wünsche vermehrt institutionelle Zusammenarbeit und Information.

Bei den Regionalkonflikten betont Irland seinen Pessimismus gegenüber dem Baker-Plan. Positiv sei einzig zu werten, dass überhaupt ein Prozess in Gang gesetzt worden sei. Irland warnt vor einer Ueberladung mit der Frage einer internationalen Friedenskonferenz. Im Rahmen der EG möchte Irland keine Missionen im Nahen Osten unternehmen, da sich in den nächsten sechs Monaten keine bedeutenden Entwicklungen ergäben. Im Kambodschakonflikt haben beide Seiten mit Interesse die neuen Vorschläge Australiens zur Kenntnis genommen, wobei Irland deutlich seine Unterstützung kundtut, da praktisch keine andere Alternative in Aussicht stehe. Die fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates hätten alles Interesse, eine Wiederholung der schlechten Erfahrung im Kongo zu vermeiden.

Im bilateralen Bereich betonen beide Seiten die Abwesenheit von Problemen. JAC legt das schweizerische Interesse an gegenseitiger Diplomanerkennung dar, die wenigstens bilateral zustandekommen sollte, wenn eine gesamteuropäische Regelung noch auf sich warten lässt. Als Depositärstaat der Rotkreuzabkommen lädt die Schweiz Irland ein, die Zusatzprotokolle zu ratifizieren. Irland beabsichtigt, dies in nächster Zeit zu tun, muss zunächst aber noch das inländische Recht anpassen. Dasselbe gilt für die drei internationalen Uebereinkommen betr. Kindesentführung, Aufsicht über die Kinder und Schutz der Kinder, welchen Irland in absehbarer Zeit ebenfalls beitreten möchte.

Unter dem Titel Verschiedenes wird von JAC im Bereich des Umweltschutzes das schweizerische Interesse an einer Mitgliedschaft in der Europäischen Umweltschutzagentur angemeldet und Irland auch

eingeladen, als letztes EG-Land dem Basler Abkommen über Sonderabfälle beizutreten. Unter Hinweis auf das grosse Interesse der irischen Präsidentschaft an Umweltfragen geben die Gesprächspartner gleichzeitig zu erkennen, dass sie über die angesprochenen Themen wenig im Bilde sind, versprechen aber, die Sache nicht blockieren zu wollen.

Nach den Gesprächen mit den irischen Vertretern gab JAC anlässlich eines Mittagessens den Botschaftern resp. Geschäftsträgern der EFTA-Staaten ein Briefing über die Diskussionen.

Relations pays de l'AELE/CE**Réunion interne à l'AELE du Groupe de travail sur les questions juridiques et institutionnelles (GT 5 du HLSG), le 16 janvier 1990**

Sous la présidence du Secrétaire d'Etat F. Blankart, le GT 5 a d'abord discuté un rapport préliminaire du Groupe des experts juridiques (GLE) sur les techniques juridiques pour intégrer l'acquis communautaire pertinent dans le futur traité instituant l'EEE ainsi que sur la structure et le contenu essentiel de ce traité. Il a transmis ce document au HLSG interne à l'AELE avec recommandation de le distribuer aux groupes de travail I - IV. Sur la base des commentaires de ces groupes et du GT 5, le GLE devra réviser et finaliser son rapport. Les techniques d'intégration de l'acquis devront être discutées avec la Commission dès que possible (méthodes: intégration textuelle ou par référence, reconnaissance mutuelle).

Le GT 5 a procédé ensuite à un échange de vues sur le decision-shaping/making. L'Autriche a souligné le risque que le traité EEE constitue pour elle une perte de souveraineté plus grande qu'en cas d'adhésion. Pour éviter ce risque, les pays de l'AELE devraient élaborer des propositions ambitieuses, notamment fondées sur le modèle de l'ancien Conseil FINEFTA. La Suisse (porte-parole: Amb. M. Krafft) a rappelé les fortes paroles du Président de la Confédération le 19 décembre 1989 et la référence dans la déclaration commune du même jour aux conclusions du 20 octobre 1989. Le paragraphe 9 de ces conclusions doit donc être fermement soutenu par tous les pays de l'AELE. Les pays nordiques se sont ralliés - à des degrés divers - à cette position et le GLE a été invité à accorder une attention prioritaire au decision-shaping/making. La Finlande a insisté pour que le consensus soit le seul mode de décision tant au sein de l'AELE que de l'EEE. Le Président a conclu notamment que l'exigence du respect de l'autonomie de décision de la CE doit faire l'objet d'un examen attentif. Il sera nécessaire de prendre des positions courageuses et crédibles face à la CE.

Quant au programme de travail de ces prochains mois, plusieurs délégations ont considéré que le calendrier envisagé était irréaliste car trop serré. D'autre part, le GLE continuera d'assister le GT 5 et leurs réunions se tiendront successivement une semaine sur deux jusqu'à fin mars. Enfin, le GT 5 a décidé de créer un groupe de travail spécial pour étudier l'organe judiciaire de l'EEE et les conflits de compétence que cela pourrait créer avec la CJCE.

Conférence constitutive de la Banque européenne pour la reconstruction et le développement (BERD), Paris, 15 et 16.1.1990

Suite à la décision des Chefs d'Etats de la CE du 9.12.1989 à Strasbourg, une Conférence constitutive en vue de la création de la BERD a été ouverte à Paris le 15.1.1990 par le Président Mitterrand. Elle a siégé durant deux jours sous la Présidence de J. Attali, Conseiller spécial auprès du Président de la République française. Y participaient 34 Etats (Europe de l'Ouest y compris Turquie, Chypre et Malte; Europe Centrale et de l'Est y compris URSS et Yougoslavie, mais sans l'Albanie; Etats-Unis, Canada, Japon, Australie et Nouvelle-Zélande) ainsi que la CE (Commission et Conseil) et la BEI. Un premier projet d'Acte constitutif avait été préparé par la France et discuté par les Etats de la Communauté lors d'une réunion à Bruxelles le 11 janvier. La CE a présenté un front commun sur le fond, bien que les Etats membres se soient tous exprimés en leur nom propre et aient laissé entrevoir des nuances sur des points non dénués de substance.

Les délibérations sont restées encore relativement générales et ont porté, d'une part, sur l'objectif et les fonctions de la BERD, sur les conditions pour obtenir la qualité de membre et être éligible au cercle des bénéficiaires, sur le niveau et la répartition du capital nominal et du capital libéré, sur l'organisation et le fonctionnement de l'institution (notamment Conseil d'administration) ainsi que sur la location de son siège social. D'autre part, la seconde journée a été consacrée à une présentation, par chaque pays de l'Est participant, de sa situation particulière et de son approche spécifique dans la voie des réformes. Les points saillants suivants peuvent être retenus :

1. La nouvelle institution aura pour clair objectif la promotion de la transition vers l'économie de marché principalement par l'encouragement à la création et au développement du secteur privé. L'éligibilité au cercle des bénéficiaires sera directement liée à la mise en place d'une démocratie pluraliste et à une réforme économique effective. Une opposition est apparue entre Européens d'une part, Etats-Unis et Japon d'autre part, sur la question de savoir si l'URSS devrait être membre fondateur ou - du moins pour l'instant - seulement observateur.

2. Les opinions quant à la hauteur du capital varient entre ECU 5 mia (EU, Japon) et ECU 10 mia (CE). La CE a fait clairement connaître son intention d'obtenir une majorité au capital (53 %) qui serait fixée dans l'Acte constitutif, de même qu'une majorité de sièges au Conseil d'Administration. Les chiffres annoncés dans la presse quant aux vues communautaires sur les parts des autres membres n'ont pour l'instant pas été répétées ouvertement. Les pays de l'AELE, qui se sont concertés sur les questions principales et continueront à le faire, recherchent une solution qui leur permette de participer effectivement à la prise de décisions (par exemple majorité qualifiée pour des décisions importantes), et sont opposés à ce que l'Acte constitutif fasse allusion à des groupes intra-régionaux. Pour leur part, les Etats-Unis et le Japon devraient lutter pour le principe de majorités "super-qualifiées" qui donneront aux membres extra-régionaux un droit de veto. Directement liée à la participation au capital est la question de la répartition des sièges dans le Conseil d'Administration, où la réalisation des intentions communautaires aurait pour conséquence que les petits et moyens pays de la CE acquerraient leur siège à bien moindre coût que les autres pays européens. D'un point de vue AELE, il y a convergence sur le fait que deux sièges au moins devraient être obtenus (une "constituency" nordique et une "constituency" alpine).
3. Il apparaît probable que les prêts de la BERD seront accordés à des conditions commerciales (possibilité de fonds spéciaux sous forme de "trustfunds" uniquement).
4. Plusieurs pays ont offert d'abriter le siège de la nouvelle institution. Les candidatures suivantes sont aujourd'hui connues : Luxembourg, Berlin (proposition ouest-allemande), Vienne, Copenhague, Budapest, Prague, Varsovie, Amsterdam (informel). Le nom d'Onno Ruding comme premier Président est souvent revenu en coulisse.

La discussion de la situation économique des pays de l'Est (dont la Yougoslavie que la Présidence française a clairement placée au nombre des bénéficiaires potentiels) a permis des échanges ouverts et francs surtout en ce qui concerne la Tchécoslovaquie, l'Allemagne de l'Est, la Hongrie et la Roumanie.

La délégation suisse était conduite par le Vice-directeur Jeker (OFAEE) et comprenait en outre MM. Fivat (SEF) et Martinelli (Ambassade Paris).

K. Jacobi

K. J. L.

Referenzen und Initialen

Adresse für Telex an Dritte

i.A.22.14.7.3.-CB/SRA

Chiffriert

Priorität

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

Presse und Info

1

Ja Nein

Norm. Dring. Flash

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

wochentx

Informations hebdomadaires rapides no 4/90 du 22.01.90

- 1) Offizieller Besuch von Staatssekretär Klaus Jacobi (JAC) in Dublin, 15./16.01.90
- 2) Seminar ueber Militaerdoktrinen in Wien
- 3) N+N-Aussenministertreffen in Malta, 1. - 3. Maerz 1990
- 4) Enlèvement de deux représentants du CICR au Liban
- 5) Beziehungen EG/EFTA-Laender, High Level Steering Group vom 18.01.90

1) Offizieller Besuch von Staatssekretär Klaus Jacobi (JAC) in Dublin, 15./16. Januar 1990.

Der offizielle Besuch von JAC in Dublin stand im Rahmen der regelmässigen Konsultationen, die die Schweiz jeweils mit dem EG-Praesidialland zu Beginn von dessen Amtszeit fuehrt. Gesprachspartner waren der Staatssekretär des Aeussern, der Politische Direktor und der Direktor des Premierministeramtes. Auf der Tagesordnung standen Integrationsfragen EFTA-EG, die Entwicklungen in Osteuropa/Ost-West-Beziehungen, die Regionalkonflikte und bilaterale Fragen. Im Integrationsbereich kann sich Irland mit dem schweizerischen Wunsch nach 'decision-making' nicht befreunden und setzt auf die Reinheit und Ausgeglichenheit der EG-Beschlussfassung. Irland

5.87 80 000 39665

Datum: 22.01.90

Vizum

Tel. intern 30 66

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja

Nein

Priorität

Norm.

Dring.

Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

2

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

wuenscht eine Einigung zwischen EG und EFTA-Staaten, um zu verhindern, dass nach einem allfaelligen Misserfolg die EG als 'Festung Europa' dastehe. Auf entsprechende Fragen gibt JAC kund, dass die Schweiz im Bereich der Europaeischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) mit informellem Meinungs austausch ohne Beschlusse keine Probleme bekunde.

Ueber die Demokratisierungsentwicklungen in Osteuropa zeigen sich beide Parteien befriedigt. Irland hat fuer 20.1.

EG-Aussenministerkonferenz nach Dublin einberufen, um v.a. Bedeutung eventueller deutscher Wiedervereinigung fuer EG zu diskutieren und Demokratisierungskriterien aufzustellen zwecks Hilfeleistung an osteuropaeische Laender. Darunter fallen auch Menschenrechte, wobei Irland dem Europarat hier eine staerkere Rolle zuweisen moechte. Fuer die Osthilfe sollten gemaess JAC neben der Europaeischen Bank fuer Wiederaufbau und Entwicklung keine neuen Institutionen geschaffen werden, sondern die Bemuehungen im Schosse der EG und der OECD sollten auch weitem interessierten Laendern wie Singapur und Suedkorea offenstehen. Im Bereich der KSZE sind beide Laender fuer die Abhaltung eines 35er-Gipfels 1990, der mit der Unterzeichnung eines Abruestungsabkommens im konventionellen Bereich zusammenfallen sollte. Das uebrige KSZE-Programm bis 1992 sollte unangetastet bleiben. In bezug auf ein vermehrtes Mitmachen

Datum:

Visum:

Teil Intern:

Referenzen und Initialen _____

Adresse für Telex an Dritte _____

Chiffriert Priorität Faktura Text erg. F.I.
Ja Nein Norm. Dring. Flash

Absender _____ Seite-Nr. 3

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
<input type="checkbox"/>					

Irlands als neutralem Land in der N+N Gruppe geben die irischen Gesprächspartner kund, sie muessten sich in jedem Falle vorgaengig innerhalb der EG-Gruppe absprechen.

Bei den Regionalkonflikten steht Irland dem Baker-Plan eher pessimistisch gegenueber und sieht keine Entwicklungen im Nahen Osten in naechster Zukunft. Im Kambodschakonflikt unterstuetzt Irland die neuen australischen Vorschlaege, zu denen es keine echte Alternative gaebe.

Im bilateralen Bereich gibt es keine Probleme. JAC laedt Irland zum Beitritt zu den Rotkreuz-Zusatzprotokollen ein, der von Irland auch in naechster Zeit in Aussicht gestellt wird.

2) Seminar ueber Militaerdoktrinen in Wien

Im Rahmen der in Wien tagenden KSZE-Konferenzen VVSBM und CFE begann am 16. Januar 1990 in der Wiener Hofburg ein Seminar ueber Militaerdoktrinen. Der oesterreichische Aussenminister Mock konnte bei der Eroeffnung gegen dreissig Generalstabschefs, darunter den amerikanischen General Powell und den sowjetischen General Moissejew begruessen. Die Schweiz war, neben der staendigen VVSBM-Delegation durch Generalstabschef

Datum: _____
Tel. Intern: _____

Visum: _____

5.11.90 10.00 10.00

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja

Nein

Priorität

Norm.

Dring.

Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

4

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Haesler, begleitet von Divisionaer Bachofner, und Frau
Botschafter von Gruenigen vertreten.

Viele Teilnehmer wurden an den 'Geist des Wiener Kongresses
1814/15' erinnert, wenn sie das historische Ereignis wuerdig-
ten, dass erstmals europaeische Generalstabschefs aus Ost und
West am selben Tisch sassen und ihre Militaerstrategien und
-doktrinen darstellten und diskutierten. In der allgemeinen
Praesentation der ersten Woche schlug indessen nicht ueberall
die von manchen erhoffte Transparenz durch. Gemeinsam war
allen Erklaerungen, es duerfte in Zukunft in Europa keinen
Krieg mehr geben. Konsequenterweise sprechen sich alle, ange-
fuehrt von den beiden Supermaechten, fuer reine Verteidigungs-
ziele ihrer Strategien und Doktrinen und jener der respektiven
Buendnisse aus. In westlichen und oestlichen Stellungnahmen
kann jedoch regelmaessig auch zum Ausdruck, dass der Weg zu
gegenseitigem Vertrauen im militaerischen Bereich noch weit
ist. Wie namentlich in den wohl bemerkenswertesten westlichen
Beitraegen Grossbritanniens und der Bundesrepublik Deutschland
betont wurde, besteht im Osten weiterhin eine uebermaessige
Diskrepanz zwischen den politischen Erklaerungen und der
tatsaechlichen militaerischen Ueberlegenheit des Warschauer
Paktes. Deshalb bleibt Abschreckung entscheidend und muss
intensiv auf das Ziel von Stabilitaet auf deutlich niedrigerem

Datum:

Visum:

Tel. intern

Referenzen und Initialen _____

Adresse (für Telex an Dritte) _____

Chiffriert Priorität Fäktura Text erg. F.I.
Ja Nein Norm. Dring. Flash

Absender _____ Seite-Nr. 5

Empfängercodé	Empfängercodé	Empfängercodé	Empfängercodé	Empfängercodé	Empfängercodé

Niveau der beiderseitigen Streitkrafte hingearbeitet werden.

Waehrend sich die NATO-Staaten einhellig zum Buendnis bekann-
ten, spuerte man in den Reihen des WP eine wachsende politi-
sche Desintegration. Als Antwort auf westliche Befuerchtungen
bezuglich der WP-Ueberlegenehit hob der sowjetische General-
stabschef die anhaltende Sorge ueber die militaerische
Bedrohung seitens der USA und der NATO hervor und erlaeuterte
die vor wenigen Monaten bereits von Achromejew vorgestellte
neue sowjetische Militaerdoktrin, wonach im Bereich der kon-
ventionellen Streitkrafte nach dem Prinzip der 'vernuenftigen
Hinlaenglichkeit' (reasonable defence sufficiency) ein mini-
maler zur Verteidigung noetiger Bestand beibehalten werden
soll. Ungarn und die CSSR wiederholten ihren Aufruf zum Abzug
sowjetischer Truppen aus ihrem Gebiet und versicherten, ihre
eigenen Truppen nur zur Verteidigung des eigenen Territoriums
einzusetzen. Polen verteilte zu einer eher konventionellen
Praesentation eine Broschuere ueber seine Streitkrafte, die
wegen ihrer Transparenz eine kleine Sensation bildete. Voellig
in alten Mustern erstarrt war der rumaenische Beitrag,
waehrend die Bulgaren entschlossen schienen, wesentliche
Truppenbestaende in den zivilen Sektor ueberzufuehren. Zu
einem 'innerdeutschen Schlagabtausch' fuehrte die Bemerkung
des neuen DDR-Generalstabschefs, in seiner allgemeinen nicht

Datum: _____ Visum: _____
Telegramm: _____

Referenzen und Initialien

Adresse für Telex an Dritte

Chiffriert

Priorität

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

Ja Nein

Norm. Dring. Flash

6

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
<input type="text"/>					

eben fortschrittlichen Rede, es gebe in Westeuropa auch politische Kraefte, die den staatlichen Bestand der DDR und ihre Grenzen in Frage stellten. 'Welche Garantien aber gibt es, dass sie dazu bei moeglicher Uebernahme von Regierungsverantwortung nicht auch militaerische Macht anwenden?' Es war wohl richtig, dass die Neutralen in dieser Situation ihre bewaehrten Konzepte der bewaffneten Neutralitaet darlegten. Trotz geopolitisch bedingter Unterschiede fiel bei ihren Praesentationen das allen gemeinsame Bewusstsein auf, mit ihren Verteidigungsarmeen einen wichtigen Beitrag zur Stabilitaet in Europa zu leisten und weiterhin wachsam bleiben zu muessen. Wie sehr die militaerische Diskussion in Europa jedoch zurzeit von der 23 NATO und WP-Staaten gepraeagt ist - wohl nicht zuletzt durch die CFE-Verhandlungen - zeigte sich schon darin, dass kein einziger neutraler Beitrag in der Diskussion zur Sprache kam.

3) N+N-Aussenministertreffen in Malta, 1.-3. Maerz 1990

Am Rande des KSZE-Seminars ueber Militaerdoktrinen in Wien trafen sich am 18.1.1990 die AM-Vertreter der N+N zu einer ersten Aussprache ueber das geplante N+N-Aussenministertreffen in Malta. Dabei einigte man sich auf eine vorlaeufige Traktan-

107 100 0000 30000

Datum: _____

Visum: _____

Telefax: _____

Referenzen und Initialen _____

Adresse (für Telex an Dritte) _____

Chiffriert	Priorität	Faktura	Text. erg.	F. I.
<input type="checkbox"/>				
Ja	Nein	Norm.	Dring.	Flash

Absender _____

Seite-Nr. 7

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
<input type="checkbox"/>					

denliste; Lage in Europa, Stand der verschiedenen KSZE-Treffen (Wien, Bonn, Kopenhagen), KSZE-Gipfeltreffen 1990. Ferner wurde Frage eines Communiqués diskutiert. Allgemein scheint kurzes Communiqué, das deutliche Signale der N+N gibt, wuensenswert. Vor allem sollten N+N ihre Unterstuetzung des KSZE-Prozesses und dessen Rolle bei den jetzigen Entwicklungen bekraeftigen sowie ihre Vorstellungen zum Gipfeltreffen klaeren.

4) Enlèvement de deux représentants du CICR au Liban

Les deux techniciens orthopédistes du CICR, enlevés le 6 octobre dernier à Saïda, sont toujours détenus et les ravisseurs n'ont à ce jour exprimé aucune exigence.

Le 16 novembre dernier, Le Secrétaire d'Etat Jacobi a présidé une réunion restreinte de la cellule de crise. M. André Pasquier, responsable de la cellule genevoise, M. Angelo Gnaedinger, délégué général du CICR au Moyen Orient et rentré la veille d'un voyage en Syrie et au Liban, et M. Christoph Harnisch, responsable du desk Liban au siège de Genève, y participaient.

Datum: _____
Tel. intern. _____

Visum: _____

5.07.60 000 49565

Referenzen und Initialien

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja Nein

Priorität

Norm. Dring. Flash

Faktura

Text erg.

F.L.

Absender

Seite-Nr.

8

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

D'après des renseignements provenant des sources les plus diverses (OLP, Walid Jounblatt, forces libanaises, nassériens de Saïda, etc.), le CICR est maintenant convaincu que le groupe Abu Nidal (Fatah CR) est le responsable de l'enlèvement. Les deux représentants de l'organisation genevoise ont même été localisés. Ils sont transférés régulièrement dans trois camps du Fatah CR de la région de Saïda. Il est également établi qu'Abu Nidal n'a pas agi seul, l'une ou l'autre faction dissidente de l'OLP et groupe intégriste s'étant chargé de la besogne.

Si les responsables sont connus, les motifs demeurent obscurs. Divers contacts ont déclaré à M. Gnaedinger qu'il s'agirait des séquelles de l'enlèvement, puis de la libération du délégué Winkler l'année dernière. Il semble que certaines promesses, notamment pécuniaires, n'auraient pas été tenues. En revanche, le CICR estime que la piste Hariri était un écran de fumée.

Les divers interlocuteurs du délégué général ont donné un message clair. Dans le climat de luttes sanglantes prévalant au sein de diverses organisations palestiniennes, si l'on veut anticiper une inéluctable négociation, qui sera forcément aléatoire et complexe, la clé du problème se trouve en la

Datum:

Visum:

Tel. Intern:

Referenzen und Initialen

Adresse für Telex an Dritte

Chiffriert	Priorität		Faktura	Text erg.	F.I.
<input type="checkbox"/>					
Ja	Nein	Norm.	Dring.	Flash	

Absender _____ Seite-Nr. 9

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
<input type="checkbox"/>					

personne du Chef d'Etat Libyen. Celui-ci ne porte pas la responsabilité de l'enlèvement, mais il a le pouvoir d'exercer une pression suffisante sur Abu Nidal. Le CICR a donc demandé une audience pour M. Pasquier chez le Colonel Kadhafi. En outre, le CICR a sollicité l'entraide du DFAE auprès des autorités algériennes, syriennes et de l'organisation OPN à Saïda. Des démarches seront entreprises en ce sens durant les prochains jours.

5) Beziehungen EG/EFTA-Länder

Sitzung der High Level Steering Group (HLSG)
vom 18. Januar 1990

Die Organisation der künftigen Gespräche und der Zeitplan standen im Mittelpunkt der kurzen gemeinsamen Sitzung.

Beschlossen wurde

- die erneute Einberufung der Arbeitsgruppen I - IV mit dem Auftrag, gemeinsam die Identifikation des relevanten 'acquis' vorzunehmen. 'Acquis' sollte grob in Bereiche unterteilt werden, wo keine Probleme mit dessen Integration in EWRV bestehen, wo ein Sonderregime vorzusehen ist und wo

Datum: _____
Tel. Nr.: _____

Visum:

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja Nein

Priorität

Norm. Dring. Flash

Faktura

Text erg.

F. l.

Absender

Seite-Nr.

10

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

die Pruefung fortgesetzt werden muss.

Beide Seiten waren sich einig, dass dieser Identifikationsprozess ein laufender Prozess ist, der nicht auf einen bestimmten Zeitpunkt abgeschlossen werden kann.

- dass sich die Arbeitsgruppe ueber rechtlich-institutionelle Fragen in den naechsten Monaten konzentriert auf
- verschiedene Techniken, wie der 'acquis' in kuenftigen EWR integriert werden kann, inkl. Methode der gegenseitigen Anerkennung gleichwertiger Gesetzgebungen
- Struktur des kuenftigen EWR-Vertrages.

Die fuer die 'fact finding'-Phase gewaehlte Organisationsstruktur - HLSG, fuenf globale Arbeitsgruppen, sektorielle Untergruppen - wird fuer die Exploration der kommenden Monate beibehalten.

Die Arbeitsgruppen werden der HLSG an ihrer naechsten Sitzung vom 21./22. Februar Zwischenberichte vorlegen.

Die institutionellen Fragen, insbesondere die Frage der gemeinsamen Beschlussvorbereitungs- und Beschlussfassungs-

Datum: _____

Visum: _____

Tel. intern _____

Referenzen und Initialen _____

Adresse (für Telex an Dritter) _____

Chiffriert Priorität Faktura Text erg. F.I.
Ja Nein Norm. Dring. Flash

Absender _____ Seite-Nr. 11

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
<input type="checkbox"/>					

mechanismen, werden primär in der HLSG weiter behandelt. Die EFTA-Länder bestätigten ihren Standpunkt, wie er in Ziffer 9 des Papiers vom 20. Oktober festgelegt ist.

EFTA-intern werden die Arbeiten auf diesem Gebiet aufgrund eines von der HLSG am 18. Oktober verabschiedeten Mandates weiter vertieft.

Die EG-Kommission (EGK) hat bestätigt, dass sie am 8. Mai ein detailliertes Verhandlungsmandat des Rates erwartet. Sie vertritt die Auffassung, dass die gegenwärtige exploratorische Phase mit der HLSG-Sitzung vom 21. März abgeschlossen werden sollte. In dieser Phase sollte deshalb möglichst grosse Klarheit in offenen Fragen geschaffen werden. Das Verhandlungsmandat dürfte in drei Hauptkapitel unterteilt sein:

- materieller Umfang
- Integrationsmethoden des 'acquis'
- rechtliche und institutionelle Fragen

Die EGK machte überdies deutlich, dass sich die Frage der 'acquis'-Übernahme im Bereich der flankierenden Politiken nur sehr marginal stellt. Als Beispiel wurde das Gesellschaftsrecht genannt.

Datum: _____
Tel. intern: _____

Visum: _____

Referenzen und Initialen

Adresse für Telex an Dritte

Chiffriert	Priorität	Faktura	Text erg.	F.I.
<input type="checkbox"/>				
Ja	Nein	Norm.	Dring.	Flash

Absender

Seite-Nr. 12

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
<input type="checkbox"/>					

Kommentar aus schweizerischer Sicht:

Erfreulich ist, dass die EFTA-Laender in der institutionellen Frage die Linie vom 20. Oktober gehalten haben. Begruesen ebenfalls, dass die Auffassung auf EG-Seite an Boden gewinnt, wonach auch mit der Methode der gegenseitigen Anerkennung gleichwertiger Gesetzgebungen gearbeitet werden soll. Dies entspricht einem zentralen schweizerischen Anliegen. Hilfreich ist schliesslich die Klaerung, dass sich die 'acquis'-Frage im Bereich der flankierenden Politiken nur marginal stellt. Hier geht es in erster Linie um erweiterte Zusammenarbeit, nicht die Integration von EG-Recht in den EWR-Vertrag. Die EFTA-interne Vorbereitungssitzung hat andererseits bestaetigt, dass insbesondere Schweden kuenstlich Zeitdruck zu erzeugen versucht. Die von der Schweiz (Delegationsleiter Staatssekretaer F. Blankart) mit Nachdruck vertretene Auffassung, dass fuer die Pruefung des relevanten 'acquis' und der mit einer Uebernahme verbundenen Probleme ausreichend Zeit vorzusehen ist, hat sich aber durchgesetzt. Die EFTA-Laender werden sich mithin in der Explorationsphase nicht auf abschliessende Definitionen des relevanten acquis und abschliessende Aufzaehlungen der Ausnahmen und Uebergangsphasen festlegen. K. Jacobi.

Datum: _____
Tel. Intern: _____

Visum:

An: EDA
Telegrammdienst
3003 Bern

dodis.ch/55105

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Priorität

Faktura

Text erg.

F. I.

Absender

Seite-Nr.

Ja

Nein

Norm.

Dring.

Flash

13

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

////

Copie: BRJ JAC PB

NNNN

Datum: _____

Visum: _____

Teil intern _____

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FUER
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN
Presse- und Informationsdienst

(standardI
listint)

Bern, den 23.1.90

Interne Verteilerliste

Betrifft: JH + DP 04190

Departementsvorsteher		BRF
Dipl. Sekretär	Hr. Combernous	CD
pers. Mitarbeiterin	Frau Hanselmann	HMG
Generalsekretariat	Hr. Schaller	SRU
	Hr. Meier	MEF
Politischer Direktor, Staatssekretär	Hr. Jacobi	JAC
Sekretariat Staatssekretär	Hr. Kupfer	KU
Protokoll	Botschafter Dayer	DD
Politisches Sekretariat	Botschafter Ducrey	DY
Pol. Dok. Dienst, Kanzlei pol. Sekr.		W 338
KSZE-Dienst	Hr. Widmer	WI
Politische Sonderfragen	Minister von Arx	AX
Finanz- und Wirtschaftsdienst	Minister Lautenberg	LA
	Hr. Fivat	FIV
Pol. Abteilung I	Botschafter Staehelin	SIN
	Hr. Woker	WOK
	Hr. Jenni	JE
	Hr. Pardo	PR
Dienst Frankophonie	Hr. Kammer	KJF
Europarat	Hr. Richard	RA
Pol. Abteilung II	Botschafter Ruegg	RUE
	Hr. Chappuis	CFR
Sektion f. kons. Schutz	Hr. Duboulet	DC
Pol. Abteilung III	Botschafterin von Grünigen	GRN
Auslandschweizersekretariat	Minister Fetscherin	FN
Koord. Int. Flüchtlingspolitik	Botschafter Weiersmüller	WER
Fremde Interessen	Hr. Ghisler	GH
Direktion f. int. Organisationen	Botschafter Keusch	KJP
	Minister Erard	ER
	Minister Gyger	GWB
Sekt. UNO und int. Org.	Hr. Hofer	HER
Berater f. europ. Weltraumzusammenarbeit	Hr. Creola	CRE
Sekt. int. wissenschaftl. Angelegenheiten	Hr. Hofmann	HOF

Sektion für intern. Umweltangelegenheiten	Hr. Schmid	SCW
Sekt. f. kulturelle + UNESCO-Angelegenheiten	Frau Meier	MM
Sekr. der nat. schweiz. UNESCO-Kommission	Hr. Theurillat	TB
Direktion für Völkerrecht	Botschafter Krafft Minister Godet Minister von Däniken	KT GT VDF
Sektion Völkerrecht	Hr. Baumann	BWE
Sektion Entschädigungsabkommen	Hr. Bühler	BC
Sektion Staatsverträge	Hr. Rubin	RC
Sektion Landesgrenze- und Nachbarrecht	Hr. Dubois	DS
Sektion Verkehr Seeschiffahrtsamt Basel	Direktor Hulliger Stellvertr. Direktor Haenggi	HG
DVA	Botschafter Manz Frau Krieg	MA KRI
Sicherheitsbeauftragter	Hr. Iten	IT
Sekt. Rekr. + Ausb. des Personals	Hr. von Graffenried	GRP
Personalsektion	Hr. Brogini/Hr. Peter	BRO/PM
Sektion Buchhaltung und Informatik	Hr. Savoye	SAV
D. f. verw. rechtl. Angelegenheiten	Hr. Welti	WP
Sektion Bezüge und Zulagen Verwaltungsinspektorat	Hr. Bollinger Hr. Castelli	BOL CS
Kuriersektion	Hr. Schweizer	SRJ
Dir. f. Entw. Zusam. + hum. Hilfe	Botschafter Staehelin	SFR
Stellvertr. Direktor	Hr. Wilhelm	WM
Del. f. Katastrophenhilfe im Ausland	Hr. Rädetsdorf	RAE
Vizedirektor	Hr. Giovannini Hr. Dannecker	GI/ DAN
Informationsdienst	Hr. Beti	BEI
Multilaterale Angelegenheiten	Hr. Pasquier	PA
Sektion human. Nahrungsmittelhilfe	Frau Schelling R.	SGR
Forschung und Politik	Hr. Melzer	MEL
Integrationsbüro EDA/EVD	Botschafter Kellenberger	Ke
CH-91	Botschafter Vallon	VAL
Zentralstelle Gute Dienste	Hr. Bill	BH

+ Vertrauliche Umschläge:

- Hr. Loretan, Bundeshaus-West, W 134
- Seeschiffahrtsamt, Basel
- Botschafter Raymond Probst, Bern (durch Chauffeur zugestellt)

Per Kurier an die diplomatischen Vertretungen in:

Abidjan	Hamburg	Panama
Abu Dhabi	Hanoi	<u>Panmunjom</u>
Addis Abeba	Harare	Paris (3)
Akkra	Havanna	Prag
Alger	Helsinki	Pretoria
Amman	Hong Kong	Quito
Amsterdam	Houston	Rabat
Ankara	Islamabad	Rio de Janeiro
Antananarive	Istanbul	Rom
<u>Asuncion</u>	Jakarta	San Francisco
Athen	Johannesburg	San José
Atlanta	Kairo	Santiago de Chile
Bagdad	Karachi	Sao Paulo
Bangkok	<u>Khartoum</u>	Singapur
Barcelona	Kigali	Sofia
Beijing	Kinshasa	Stockholm
<u>Beirut</u> NIKOSIA	Kopenhagen	Strassburg+Europarat
Belgrad	Kuala Lumpur	Stuttgart
Berlin/BRD	Kuwait	Seoul
Berlin/DDR	Lagos	Sydney
Bogota	La Paz	Teheran + Fremde Interessen
Bombay	Lima	Tel-Aviv
Bonn	Lissabon	Tokio
Bordeaux	London	Toronto
Brasilia	Los Angeles	Tripolis
Brüssel+Mission	<u>Luanda</u>	Tunis
Budapest	Luxembourg	Vancouver
Buenos Aires	Lyon	Warschau
Bukarest	Madrid	Washington
Canberra	Mailand	Wellington
Caracas	Manchester	Wien
Chicago	Manila	Yaoundé
Colombo	<u>Maputo</u>	Zagreb
<u>Conakry</u>	Marseille	Riad
Dakar	Melbourne	+ Mission permanente de la Suisse
Damaskus	Mexiko	auprès des O.I., Wien
Dar es Salaam	Montreal	
Den Haag	Monrovia	
Dhaka	Montevideo	
Djeddah	Moskau	
Dublin	München	
Düsseldorf	Nairobi	
Frankfurt a/Main	New Delhi	
Genua	New York, UNO+GK	
Guatemala	Osaka	
	Oslo	
	Ottawa	

Diverse:

- Genf, OI
- R. Mantelli, BAWI
- Divisionär Petitpierre, EMD
- R. Probst, BE (ehem. Staatssekretär)
- interne Verteilerliste
- IH+DP